



REDE ZUM HAUSHALT 2010

Mittelfristige Finanzplanung und Investitionsprogramm 2009-2013

**gehalten am 20. Januar 2010
von Jürgen Mistol
Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen**

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren der Stadtverwaltung,
sehr geehrte Regensburgerinnen und Regensburger,

„Was nicht kontrovers ist, ist nicht der Rede wert“, hat einmal der im vergangenen Jahr verstorbene Soziologe Ralf Dahrendorf gesagt. Und wenn es um den städtischen Haushalt geht, so ist uns Grüne das jedes Jahr nicht nur eine Rede wert, sondern auch eine ganze Reihe von konkreten Änderungsanträgen. Das machen wir Grüne nicht etwa deshalb, weil wir das immer schon so gemacht hätten – wir sind bekanntlich keine Verfechter des alten CSU-Mottos „Des hamma scho allawei so gmacht, des hamma no nia so gmacht und da kannt ja jeder

daherkumma“ – nein, wir machen das deshalb, um deutlich zu machen, dass unsere Vorstellungen hier im Stadtrat andere sind als die der regierenden Koalition in der Frage, was für unsere Stadt wichtig ist. Wir machen das deshalb, weil wir eben verschiedene Auffassungen davon haben, wie eine nachhaltige Finanzpolitik auszusehen hat und wie die Prioritäten bei den Investitionen so zu setzen sind, dass Regensburg für die Zukunft gut aufgestellt ist.

Dabei muss Klartext geredet und nichts geschönt oder gesund gebetet werden. Dafür ist die Lage zu ernst, meine Damen und Herren! Dass sich die kommunalen Haushalte in einer Krise befinden und sich auch Regensburg nicht auf einer Insel der Seligen befindet, hat sich im Laufe des vergangenen Jahres manifestiert. Den Realitäten ins Auge sehen, die richtigen Konsequenzen ziehen, den kleiner gewordenen Spielraum richtig nutzen, aber den roten – oder besser gesagt: den grünen – Faden nicht verlieren: Das sind die Grundsätze, die für uns als Leitlinien gelten.

Haushalt und Investitionsprogramm sind immer Anlass, einen Blick in die Zukunft zu werfen. Wenn man für die Zukunft plant, so sollten die Pläne aber auch realistisch sein. Aussagen zum Haushalt sollten besser sein und mehr Qualität haben als die Prophezeiungen von Wahrsagern. Wenn ich aber die Haushaltsrede von Oberbürgermeister Schaidinger vom vergangenen Jahr nochmals vor meinem geistigen Auge vorbeiziehen lasse, dann steht er auch ohne Kopftuch und Glaskugel den professionellen Wahrsagern in nichts nach.

Alle, die das Wort ‚Krise‘ im Mund geführt hatten, wurden vom OB vor einem Jahr als Miesmacher hingestellt, es bestehe ‚kein Grund, dieses Wort ständig im Mund zu führen‘, sagte er. Er ging für das vergangene Jahr von einer „noch kalkulierbaren Entwicklung ohne gravierende Einbrüche“ aus. Nächstes Zitat: „Wir werden in der Lage sein, die anstehenden Schulprojekte wie die Killermannschule und die Berufliche Oberschule wie geplant angehen.“ Bravo, Herr Oberbürgermeister: Vorhersagequote 50 Prozent!

Nächste Vorhersage: Er (der Oberbürgermeister) sei froh darüber, dass sich die Koalition entschlossen zeige und eine Verschuldungsobergrenze von 350 Millionen Euro gezogen habe. Schon ein Jahr später ist die

Entschlossenheit eine ganz andere. Die Koalition zeigt sich entschlossen, die Verschuldung schon 2012 auf über 361 Millionen Euro ansteigen zu lassen. Das ist wirklich Haushaltskonsolidierung vom Feinsten!

Nicht zu vergessen: Das Hohelied, das der Oberbürgermeister vor gut einem Jahr auf die Doppik anstimmte. Die Umstellung auf Doppik, so Hans Schaidinger, werde eine Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Möglichkeiten mit sich bringen. Schon nach wenigen Monaten war das alles vergessen: Wann die Doppik eingeführt werden soll, steht jetzt in den Sternen.

Und welche Weissagungen gibt es in diesem Jahr? Neben dem Mammutprojekt Steinerne Brücke, das jetzt Gott sei dank in die Realisierungsphase eintritt, neben wichtigen Schulprojekten wie dem Neubau der Killermansschule und der Sanierung des Goethegymnasiums soll das neue Fußballstadion auf den Weg gebracht werden. Ehrgeizig, aber aus unserer Sicht notwendig und auch realistisch. In zwei Jahren erst soll jetzt mit dem Bau der Beruflichen Oberschule begonnen werden. Aus unserer Sicht zu spät, eine falsche Prioritätensetzung, dieses Projekt auf die sprichwörtliche lange Bank zu schieben.

Wenn aber für Großprojekte wie die Sallerner Regenbrücke oder das Kultur- und Kongresszentrum weiterhin Planungsmittel in den Haushalt eingestellt werden, obwohl klar ist, dass sie aus finanziellen Gründen auf absehbare Zeit nicht umgesetzt werden können, dann zeugt das von nichts anderem als mangelnder Prioritätensetzung. Weihnachten ist vorbei, liebe Kolleginnen und Kollegen von CSU und SPD! Wer jetzt noch Wunschzettel abgibt, der hat den realistischen Blick auf das Finanzierbare verloren. Auch wenn es dem einen oder anderen wehtut, von lieb Gewonnenem Abschied zu nehmen: Schlussendlich haben die Bürgerinnen und Bürger ein Anrecht darauf, dass ihnen reiner Wein eingeschenkt wird.

Wenn man aber Revue passieren lässt, mit welcher prophetischer Gabe der Oberbürgermeister in der Vergangenheit zur Zukunft gesprochen hat, dann weiß man eh, was man von den heutigen Weissagungen zu halten

hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was liegt denn da heute vor uns auf dem Tisch? Trotz Wirtschafts- und Finanzkrise will die Stadtratsmehrheit aus CSU und SPD im Jahr 2010 nicht unerheblich mehr ausgeben als 2009. Und nicht nur ein wenig mehr, sondern – Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zusammengerechnet – fast 55 Millionen Euro mehr. Eine Steigerung von sage und schreibe 10,2 Prozent.

Und wie sieht es auf der Einnahmenseite aus? Hier geht der Kämmerer von einem stetigen Anstieg der Gewerbesteuer aus, auch schon für 2010. Ein Sondereffekt, sagen Sie, wegen der hohen Rückerstattungen in 2009. Bei der Prognose für die Folgejahre gehen Sie dann aber von dem eigentlich zu hohem Wert von 2010 aus, so dass Sie 2013 bereits schon wieder mit einer Gewerbesteuer von 128 Millionen Euro rechnen. Da sind wir ja dann fast schon wieder bei den 133 Millionen von 2008, die mehr als außergewöhnlich und bislang einzigartig waren. Damit rechnen Sie, obwohl die meisten Fachleute zu der Einschätzung kommen, dass sich die Wirtschafts- und Finanzkrise erst in den kommenden Jahren so richtig auf die Kommunen auswirken wird.

Es wäre schön, wenn es kommen würde, wie von Ihnen in der mittelfristigen Finanzplanung vorhergesagt. Wir würden uns den Freudentänzen dann gerne anschließen. Aber ob der Glaube ausreicht, um diese Prognosen Realität werden zu lassen, davon sind wir nicht überzeugt.

2011 und 2012 kann eine wichtige Säule des Haushalts, nämlich die Mindestzuführung, nicht erwirtschaftet werden. Und von einer ‚freien Spitze‘, die in einem geordneten Haushalt zur Finanzierung der Investitionen verfügbar sein soll, wird erst gar nicht mehr gesprochen. Das macht deutlich, wie dringlich es ist, das Thema Haushaltskonsolidierung anzugehen. Dass das jetzt gemacht werden soll, das höre ich, seitdem ich diesem Gremium angehöre. Aber getan hat sich hier praktisch nichts. Seit Jahren höre ich, wir müssen an den Verwaltungshaushalt ran. Die Stadtratsmehrheit macht aber das Gegenteil. Statt Aufgaben in Frage zu stellen, haben Sie im letzten Jahr mit der Einführung des kommunalen Ordnungsdienstes noch mal sieben

Planstellen draufgesattelt. Dabei wäre es doch Aufgabe des Freistaats, für Sicherheit und Ordnung auch in unserer Stadt zu sorgen. Aber wir haben es ja offensichtlich.

Jetzt lese ich in der Beschlussvorlage, mit einem ‚Haushaltskonsolidierungskonzept‘ (das Wort hat übrigens sogar einen Buchstaben mehr wie das schöne Wort ‚Wachstumsbeschleunigungsgesetz‘) solle diese Situation verbessert werden. Da bin ich mal gespannt was rauskommt, und hoffe, dass das Wort, das sie im nächsten Jahr in ihren Vorhersagen unter dem Kapitel ‚Ankündigungen‘ kreieren, dann nicht noch länger ist.

Noch einmal zurück zu den Einnahmen: Dass die Einnahmen nicht seriös prognostiziert werden können, schreibt der Kämmerer selbst, zwar nicht in der Beschlussvorlage zur mittelfristigen Finanzplanung, bezeichnenderweise aber dort, wo es um die freiwilligen Leistungen geht. Mit der Aussage selbst hat er allerdings Recht. So sind die Auswirkungen des soeben schon erwähnten Wachstumsbeschleunigungsgesetzes auf die Kommunalfinanzen noch gar nicht in der Finanzplanung eingerechnet. Und man kann ja nur spekulieren, welche finanzpolitischen Überraschungen – oder besser gesagt: Zumutungen – die schwarz-gelbe Bundesregierung noch auf Lager hat.

Nicht mehr spekulieren brauchen wir darüber, dass der Freistaat Bayern in den kommenden Jahren einen Sparkurs wird fahren müssen, schon um das Desaster bei der Bayerischen Landesbank, unter anderem durch den Kauf der Hypo Group Alpe Adria, finanzieren zu können. Der Auftakt ist schon gemacht: Die bayerische Staatsregierung will ganz aktuell schon mal beim Kommunalen Finanzausgleich sparen. Und das Finanzministerium selbst rechnet mit acht Milliarden Euro, die in den kommenden drei Jahren fehlen werden, um die derzeit geplanten Ausgaben zu decken. Die zehn Milliarden Euro, die der Freistaat in die angeschlagene Landesbank pumpen musste, müssen ja irgendwo herkommen. Dass die Fördertöpfe der Staatsregierung kleiner werden, ist also abzusehen. Und ob die Bereitschaft, das Füllhorn dann gerade in Regensburg auszuschütten, angesichts der Tatsache, dass einer derjenigen, der zusammen mit anderen durchaus sehr folgenschwere

Entscheidungen getroffen hat, in dieser Stadt Oberbürgermeister ist, das wird man sehen.

Im Freistaat Bayern ist aber noch mehr faul. Wenn es um eine kommunale Straßenbaumaßnahme geht, dann setzt der Freistaat als Zuschussgeber Anreize, damit das Vorhaben schnell realisiert werden kann oder – fast möchte ich sagen – schnell realisiert werden muss. Warum setzt der Freistaat keinen finanziellen Anreiz, um zum Beispiel ein längst überfälliges Schulprojekt wie den dringend notwendigen Neubau der Beruflichen Oberschule zu priorisieren? Und warum geht seit zehn Jahren nichts weiter mit der Wiedereröffnung eines Bahnhalt punkts an der Donaustauer Straße? Es wäre doch viel sinnvoller, den Verkehr nicht von einer Straße auf eine andere zu verlagern, was in einer dicht besiedelten Stadt wie Regensburg immer für eine ganze Anzahl Betroffener mit zusätzlichem Lärm und dem Verlust von Lebensqualität einhergeht. Viel gescheiter wäre es doch, erst einmal eine mögliche Verkehrsverlagerung von der Straße auf umweltfreundliche Verkehrsmittel in die Realität umzusetzen, zum Beispiel durch eine Stadtbahn. Denn was steht denn in unserem vor Jahren einstimmig verabschiedeten Regensburg-Plan 2005: „Im Vergleich zu anderen Städten ist in Regensburg der Anteil des motorisierten Individualverkehrs am gesamten Straßenverkehr noch überdurchschnittlich hoch.“ Hier sehe ich dringenden Handlungsbedarf, die aktuelle Förderpolitik in Bayern unter die Lupe zu nehmen. Das Beispiel unserer Stadt zeigt doch, dass hier Rezepte der Vergangenheit fröhliche Urständ feiern und ganz unübersehbar Änderungen nötig sind, um Projekte, die Lebensqualität verbessern, und Projekte, die auf die Ressource ‚Geist‘ setzen, prioritärer und schneller als derzeit voranzubringen.

Dass wir einen enormen Nachholbedarf bei der energetischen Sanierung haben, ist spätestens durch die Maßnahmenliste, die die Verwaltung selbst für das Konjunkturpaket II erarbeitet hatte, und für die dann – aus den bekannten Gründen – kein Geld mehr geflossen ist, ganz offenkundig geworden. Wir brauchen nachhaltige Investitionen, die den Klimaschutz befördern. Dringend brauchen wir diese Investitionen, um

unseren Beitrag zu leisten für die Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Und es sind rentierliche Investitionen, die sich langfristig auch positiv auf das städtische Geldsäckel auswirken.

Und in der Wirtschaftspolitik gilt es immer wieder die Augen offen zu halten und neue Chancen für unsere Stadt auch aufzugreifen: Die Kulturwirtschaft beispielsweise. Da darf man dann aber nicht nur in Sonntagsreden beschwören, welche Potenziale in diesem Wirtschaftsfeld liegen, welche Chancen unsere Stadt hätte, wenn wir uns in dieser Richtung profilieren, was uns droht, wenn wir das Thema links liegen lassen. Da muss man dann handeln. Uns Grünen ist hier – wie bei manch anderen Themen – zu viel Stillstand. Oder wenn heute Privatleute in ein Bauprojekt investieren wollen und auch viele Jahre, nachdem sie erstmals bei der Verwaltung vorstellig geworden sind, immer noch nicht wissen, woran sie sind, dann läuft irgend etwas falsch, ohne das jetzt nur auf die Verwaltung schieben zu wollen. Auch durch mangelnde Prioritätensetzung – und diese mangelnde Prioritätensetzung werfe ich der Koalition vor – wird Stillstand produziert. Und Stillstand ist das letzte, was wir uns leisten dürfen. Wir brauchen als wachsende Stadt in den nächsten Jahren neue Wohnquartiere, möglichst nicht auf der grünen Wiese, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Donaumarkt und Marina-Quartier sind so Themen, wo ich nicht sehe, dass es voran geht. Und ich sehe die Notwendigkeit für ein Nachfolgeprojekt der ‚Sozialen Stadt‘ in der Humboldtstraße. Aber auch da harren wir der Dinge.

Wenn wir Grüne dem vorgelegten Haushaltspaket mit dem Investitionsprogramm, der mittelfristigen Finanzplanung und dem Haushaltsplan nicht zustimmen, dann bedeutet das nicht, dass wir das alles schlecht finden. Das möchte ich auch deutlich hier sagen. Bei den Investitionen finden wir viele Projekte, die wir Grüne ausdrücklich unterstützen: Die Sanierung des Goethe-Gymnasiums und der Neubau der Grundschule an der Killermannstraße, die Sanierung der Steinernen Brücke und die Hochwasserschutzmaßnahmen, der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und die Sanierung der städtischen Übergangswohnungen in der Aussiger Straße, um nur einige beim Namen zu nennen.

Auch den freiwilligen Leistungen stimmen wir zu, weil hier meist mit wenig Geld sehr viel bezweckt werden kann. Wenn aber in diesem Jahr in der Verwaltungsvorlage geschrieben steht, dass dem Vorbehalt der Freigabe aufgrund der akuten Finanzkrise eine deutlich höhere Bedeutung als im Vorjahr zukommt, dann halte ich das angesichts der Tatsache, dass der Gesamthaushalt um über 10 Prozent steigt, schon für ein starkes Stück. Hier tauchen zudem viele Ausgaben auf, die eigentlich zu den Pflichtaufgaben der Stadt gehören, und viele Leistungen sind vertraglich gebunden. Und wir als Stadtrat haben die Aufgabe, geeignete Rahmenbedingungen für den Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft zu setzen, und das machen wir unter anderem auch mit der Gewährung der freiwilligen Leistungen. Das mit einem besonderen ‚besonderen Vorbehalt‘ zu versehen, das kann man sich sparen.

Trotz der kritischen Worte, die von uns Grünen nicht nur heute kamen, sondern auch während des Jahres immer wieder geäußert werden, möchte ich an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, an die wir hohe Ansprüche stellen, einen sehr herzlichen Dank aussprechen. Ich möchte ihnen ‚Danke‘ sagen für Ihren Einsatz und für Ihr Engagement. Besonders gilt das heute für den Wirtschafts- und Finanzreferenten, Herrn Daminger, und für Herrn Amtsleiter Eckert samt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die uns mit den notwendigen Informationen versorgt und für Nachfragen und Diskussionen zum Haushalt zur Verfügung standen. Wir Grüne kritisieren nicht um der Kritik willen, sondern weil wir der Überzeugung sind, dass gerade die Auseinandersetzung mit manchmal Andersdenkenden die eigenen Vorstellungen immer wieder auf den Prüfstand stellt, und weil wir wissen, dass die Kontroverse erst die Tür öffnet für Veränderung. Und, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, merken Sie sich bitte den schönen Satz: „Die schlimmste Art von Feinden sind die Lobredner“.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir Grüne haben in einem Antragspaket deutlich gemacht, in welchen Bereichen wir andere Prioritäten setzen würden im kommenden Jahr und in den Folgejahren. Wir halten es für notwendig, die Schwerpunkte noch deutlicher im

Bildungsbereich und nicht zuletzt bei den umweltfreundlichen Verkehrsarten zu setzen. Für die Zukunft unserer Stadt wäre es sinnvoller, den Fokus überhaupt mehr auf ökologische und rentierliche Investitionen sowie den sozialen Zusammenhalt zu legen. Die Stadtratsmehrheit hat alle diese Anträge abgelehnt. Unsere Vorschläge hätten – nebenbei bemerkt – auch noch dazu geführt, dass die Stadt bis zum Jahr 2013 unterm Strich etwa 7 Millionen Euro weniger hätte ausgeben müssen. Das ist zugegebenermaßen nicht viel, wäre aber zumindest ein kleiner Beitrag gewesen, um sich für all diejenigen Maßnahmen, für die im Investitionsprogramm noch kein müder Euro eingestellt ist, wo uns aber zum Beispiel das Gutachten zum Nahverkehr schon klare Arbeitsaufträge für die nächsten Jahre mit auf den Weg gegeben hat, einen gewissen Handlungsspielraum zu erarbeiten. Es ist nicht viel, aber es folgt dem Grundsatz „Kleines gib zu Kleinem und es wird ein großer Haufen sein.“

Die Stadtratsmehrheit hat das anders gesehen. Sie setzt leider andere Prioritäten. Und deshalb werden wir Grüne weder dem Investitionsprogramm noch der mittelfristigen Finanzplanung und dem Haushaltsplan zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!